

# Vier Kultur-Millionen für Zürich

Grosse Mehrheit von 103 zu 28 Stimmen für Lastenausgleich an die Nachbarkantone

**Seid gespendet, Millionen, sagte sich das Parlament, auch wenn es das Kulturgeld lieber umschlungen hätte. Aber die Vernunft zwingt den Aargau zum Ja, weil er ein verlässlicher Partner und kein kultureller Trittbrettfahrer sein will.**

HANS LÜTHI

Ein Aufschrei ging durch die Aargauer Kulturszene, als die Vereinbarung über den kulturellen Lastenausgleich mit Zürich und Luzern bekannt wurde: 4,9 Millionen Franken wird unser Kanton ab 2010 an die beiden Nachbarn bezahlen. Den Hauptbrocken von 4,4 Millionen Franken an die Zürcher – fast 3 Millionen für das Opernhaus und je 1 Million Franken für Schauspielhaus und Tonhalle. Aus dem Fenster geworfenes Geld, könnte da ein Steuerzahler meinen, in völliger Unkenntnis der Sachlage.

## 160 Millionen Franken für den Aargau

Doch die Fakten sprechen eine völlig andere Sprache, denn der kulturelle Beitrag ist Teil des Neuen Finanzausgleichs (NFA). «Nächstes Jahr zahlt der Kanton Zürich über 600 Millionen Franken, der Aargau bekommt über 160 Millionen Franken», argumentierte Landammann und Finanzdirektor Roland Brogli. Die Verteilung des Kulturgelds ist eines von neun Projekten. Für ihre kulturellen Leuchttürme müssen die Standortkantone zuerst einmal 25 Prozent selber be-



OPERNHAUS ZÜRICH Fast 3 Millionen Ausgleich aus dem Aargau. ROLF JENNI

zahlen, dann wird nach Besucherzahlen aufgeteilt. Der Aargau berappt also nicht einfach die ausgehandelten knapp 5 Millionen Franken im Jahr, sondern genau nach Besucheranteil im Zürcher Opernhaus und in den anderen Kulturtempeln. Die 10 Prozent Rabatt für die eigenen Leuchttürme bezeichnete Brogli als sehr guten Vertrag. Und der zuerst skeptische neue Kulturdirektor Alex Hürzeler bekannte, die getroffene Regelung sei für den Aargau wirklich gut, ein externes Büro Sorge für neutrale Berechnungen.

## Viel Geld für die Kulturschaffenden

Eine Ja-Mehrheit zeichnete sich schon früh bei der Behandlung im Parlament ab, als nämlich Beat Unternährer (svp, Unterentfelden) für die knappe Mehrheit der SVP Zustimmung signalisierte. Es wurme schon ein bisschen, dass gleich viel Geld nach Zürich fliesse, wie für die gute Qualität der Aargauer Kulturschaffenden zur Verfügung stehe. «Aber wir müssen grossräumiger denken», das Kulturangebot der Nachbarn bringe auch uns und unserem Standort sehr viel.

Apropos eigene Kultur: «41 Millionen Franken sind im Kulturbudget 2010, 9 Millionen mehr als dieses Jahr», präzisierte Roland Brogli an die Adresse der Akteure. Wenn auch ohne Begeisterung: Befürworter kamen aus allen Fraktionen. «Der Kulturkanton kann sich besser verkaufen, das Museum Aargau profitiert auch von 50 Prozent ausserkantonalen Besuchern», meinte Esther Gebhard-Schöni (evp, Mörriken-Wildeggen).

## Aargau als verlässlicher Partner

«Der Aargau ist ein verlässlicher Partner, ein Nein wäre wirklich peinlich», gab Nicole Meier (cvp, Baden) zu bedenken. Von einem für die Freisinnigen «schwer verdaulichen Brocken, der geschluckt werden muss», sprach Maja Wanner (fdp, Würenlos). Dies mit Hinweis auf die 160 Millionen aus dem NFA und einen Schönheitsfehler: «Leider sind die Kulturkosten der Kantone bei den Verhandlungen nicht berücksichtigt worden.» Aber das System sei fair und schmähere die eigene Kultur keineswegs. Zwei Redner bekannten sich als Gegner: Christoph Riner (svp, Zeihen) will nicht 5 Millionen für elitäre Kultur aufwerfen, an teure Institutionen in Zürich, zu denen man nichts zu sagen habe. Und Jörg Villiger (gr, Aarburg) meinte, an die grossen Häuser gebe man Millionen, für die ärmsten habe man kein Geld. Änderungen am Vertrag standen nicht zur Debatte, der Beitritt erfolgte mit 103 zu 28 Stimmen, die Finanzierung mit 102 zu 29 Stimmen.



GEWÄHLT 1. Staatsanwalt Peter Heuberger und Erziehungsrätin Simona Brizzi. EMANUEL FREUDIGER

## SP schnappt FDP-Sitz

Simona Brizzi neue Erziehungsrätin

Der Grosse Rat hat zahlreiche Wahlgeschäfte vorgenommen. Das einzig spannende war der Kampf um einen vakanten Sitz im Erziehungsrat, ein beratendes Organ des Regierungsrates. Barbara Stüssi-Lauterburg (FDP, Windisch) wollte den bisher von der FDP gehaltenen Sitz verteidigen. Die SP stellte Simona Brizzi (Ennetbaden) auf, um mit ihrer Hilfe die drückende bürgerliche Dominanz im Erziehungsrat aufzubrechen und ihren 2005 verlorenen Sitz zurückzuerobieren. Die Grünen ihrerseits traten mit Connie Fauver (Stilli) an. Im ersten Wahlgang erreichten Stüssi 62, Brizzi 50 und Fauver 20 Stimmen, worauf die Grünen ihre Kandidatur zurückzogen. Damit ebneten sie den Weg für die Erziehungswissenschaftlerin und Lehrbeauftragte an der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich, Simona Brizzi. Diese schaffte es im zweiten Wahlgang mit 68 vor Barbara Stüssi mit 65 Stimmen.

## 1. Staatsanwalt still gewählt

Mit 131:0 eindeutige Zustimmung (auch wenn es bei den Grünen rund um das Wahlverfahren rumort hatte) erfuhr der Bankrat der Aargauischen Kantonalbank mit dem bisherigen Präsidenten sowie den bisherigen Mitgliedern und dem neuen Mitglied Hans-Peter Kunz (Oftringen). Stille Wahl gab es für den – von keiner Seite bestrittenen – neuen 1. Staatsanwalt Peter Heuberger (FDP, Aarau). Stille Wahl erfolgte ebenfalls für die Besetzung diverser vakanter Ersatz- und nebenamtlichen Richterposten, von Stellvertretern sowie neuen Richtern am Handelsgericht, von nebenamtlichen Mitgliedern der Schätzungskommission, einem nebenamtlichen Ersatzmitglied am Steuerrekursgericht sowie einer Ersatzrichterin am Rekursgericht für Ausländerrecht.

Die Gewählten wurden am Nachmittag sogleich feierlich in Pflicht genommen. (MKU)

## Bildung: Neuanlauf

Rückzug von Vorstoss für Bildungsgutscheine

Mit einer kurzfristig in ein Postulat umgewandelten Motion wollten Renato Mazzocco (sp, Aarau) und Renate Gautschi (fdp, Gontenschwil) einen Rahmenkredit von 50 Millionen Franken für die Höhere Berufsbildung im Kanton Aargau zur Gewährung von Bildungsgutscheinen an Lehrgängerinnen und Lehrgänger. So ein Gutschein à 5000 Franken soll während fünf Jahren nach Abschluss der Sekundarstufe II für den Erwerb eidgenössisch anerkannter Abschlüsse der höheren Berufsbildung eingelöst werden können.

In der Diskussion signalisierten Votanten quer durch die Fraktionen Sympathie für die Idee. Verschiedentlich wurden die Gutscheine aber als Giesskannen-Subvention kritisiert. Mazzocco und Gautschi zogen schliesslich ihren Vorstoss zurück. Sie wollen ihn überarbeiten und neu einreichen. In der Hoffnung natürlich, dass er so mehrheitsfähig wird. (MKU)



## FC Grossrat siegt im Penaltyknüller gegen FC Waldshut

Gestern Abend trafen sich in Othmarsingen die Mannschaften des FC Grossrat und des FC Kreistag Waldshut zum Fussball-Freundschaftsspiel. Dieses verlief sehr fair. Der Schiedsrichter musste keine einzige gelbe und schon gar keine rote Karte zeigen. Die Aargauer gingen früh mit 1:0 in Führung, Waldshut glich aus, doch der FC Grossrat erhöhte noch vor der Pause zum 2:1. Später glich Waldshut zum 2:2 aus, worauf es nach 60 Spielminuten zum Penaltyschiessen kam. Den entschieden

die Aargauer mit 5:4 für sich. «Helden» des Penaltyschiessens waren Goalie Thierry Burkart, der einen deutschen Penalty abwehrte und Regierungsrat Alex Hürzeler, der den entscheidenden 5. Penalty für den FC Grossrat im Gästetor «versenkte». Im Bild enteilt Hürzeler (im blauweissen Trikot) dem Waldshuter Gegenspieler Erich Kiefer, genau beobachtet von Schiedsrichter Luigi Ponte. Ponte leitete das Spiel an seinem Geburtstag souverän. (FAU/MKU)

## Grossrats-Protokoll

### Kampf um gerechte Familien-Steuern

Den Kinderabzug kostenneutral erhöhen und den neuen Abzug für auswärtige Kinderbetreuung streichen, das wollten die SVP-Motionäre Jörg Hunn, Richard Plüss und Jürg Stüssi. «Es geht um Gerechtigkeit für die traditionellen Familien, eine Mutter muss gleich viel wert sein wie eine Fremdbetreuerin», so Stüssi. Doch Landammann Roland Brogli konterte, gerechte Steuern seien nur nach wirtschaftlichem Einkommen möglich. Doppelverdiener müssten viel mehr Steuern zahlen, plus die Kinderkrippe. Unter dem Strich bleibe da oft nicht mehr viel Geld aus dem Zweitjob, sagten auch Betroffene. Die Motion wurde mit 86 Nein zu 51 Ja abgelehnt. (LÜ.)



### Grosse Bauzone von Brunegg genehmigt

Trotz Verkleinerung wollten die Grünen die Bauzone Steirüti in Brunegg nicht absegnen. Die Umgebung des Schlosses sei zu schützen. SP, Grünliberale und alle anderen Fraktionen stimmten dem Kompromiss jedoch zu. Resultat: 100 Ja, 18 Nein für den Bauzonenplan Brunegg. (LÜ.)

### Statt Chaos Harmonisierung bei Baubegriffen und Messweisen

Zum Baupolizeirecht gehören die Baubegriffe und Messweisen, die Sache der Kantone sind. Deshalb gibt es in der Schweiz 26 unterschiedliche Regelungen, was viel Zeit, Geld und Nerven kostet. Jetzt soll dieses Chaos beseitigt werden, mit einer interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe. Der Beitritt zum Konkordat erfolgt für den Aargau unter dem Vorbehalt, dass er seine Definition der Ausnutzungsziffern behalten kann. Eine Umrechnung in die «Geschossflächenziffer», wie sie andere Kantone verwenden, «wäre sehr schwierig machbar». Das sagte Baudirektor Peter C. Beyeler und plädierte für Zustimmung. Der sinnvolle Beitritt zum Konkordat erfolgte nach kurzer Diskussion mit 123 Ja zu 0 Nein. (LÜ.)

### Holzkraftwerk, Atomenergie und das nukleare Tiefenlager

Gleich drei Vorstösse zu Energiefragen erdigte das Parlament in der kurzen Nachmittagssitzung: Einen Auftrag von Förster Richard Plüss (svp, Lupfig) nahm die Regierung entgegen. Verlangt wird mit der Spitalisierung in Baden der Bau eines Blockheizkraftwerks auf der Basis von Holz. Um Atomenergie und das Gefährdungspotenzial von Beznau, Leibstadt und Gösgen ging es in der Interpellation von Martin Christen (sp, Turgi), der kritisierte, die Regierung habe seine Fragen nicht beantwortet. Die AKW-freundliche Haltung des Aargaus verbaue den Weg in eine atom- und strahlenfreie Zukunft. Mit der Antwort unzufrieden zeigten sich auch jene Fraktionale Interpellantinnen, die mehr über das Vorgehen zu einem Tiefenlager Bözberg wissen wollten. (LÜ.)

## Steuern: Piano, piano

Neue SVP-Motion nicht dringlich erklärt

Die SVP verlangt vom Regierungsrat in einer neuen Motion eine «substanzielle Revision des Aargauer Steuergesetzes». Und zwar schon bei Ende 2009! Die SVP ärgert sich, dass in der nächsten Teilrevision dieses Gesetzes lediglich verpflichtende Änderungen des Bundesgesetzes umgesetzt werden und vermisst im Grossen Rat überwiesene Vorstösse, etwa zur steuerlichen Entlastung des Mittelstandes. Hansjörg Knecht (Leibstadt) verlangte Dringlichkeit für die Motion. Doch das dafür notwendige Quorum wurde verpasst. (MKU)